



**Fachnewsletter Schule, Jugend & Familie
Nr. 02/2011
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wollen Sie mit unserem Fachnewsletter in der Bonner Schul-, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik auf dem Laufenden halten. Hier bekommen Sie vor allem einen Überblick über aktuelle Entwicklungen in den Ausschüssen. Dies ist ein Service von uns, **Dörthe Ewald**, Sprecherin im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, und **Gieslint Grenz**, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn. Wir sind gespannt auf Informationen und Anregungen von Ihnen – denjenigen, die Tag für Tag in der Praxis unterwegs sind.

Inhalt dieser Ausgabe:

Haushaltsberatungen im Schulausschuss

- **Inklusion**
- **OGS**
- **Schullandheime**
- **Mehrheitsfraktion: Kein zusätzlich benötigtes Geld für Freiwilliges Jahr in Förderschulen**
- **sonstige Haushaltsbeschlüsse**
- **Deckungsvorschläge zum Haushalt**

Endlich: Anmeldeverfahren für eine Grundschule in Vilich-Müldorf 2012/13 in Sicht

Katholische Grundschule Buschdorf – Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule gescheitert

Familienpolitischer Empfang der SPD-Fraktion

Aktionstage „Zu Fuß zur Schule 2011“

Inklusion braucht auch Personal, Sachmittel sind zu wenig

Gemeinsam wachsen, gemeinsam leben und lernen macht stark! Und das nicht nur in Gesamtschulen, sondern auch bei der gleichberechtigten Teilhabe aller Schüler an Bildung. Die Stadt bemüht sich um inklusive Bildung. Ein entsprechender Antrag ist im letzten Jahr interfraktionell verabschiedet worden. Das alles kostet natürlich Geld, wenn es nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben soll. Die SPD-Fraktion hatte deshalb ein eigenes Budget für Inklusion gefordert. Leider konnte sich Schwarz-Grün im Schulausschuss nur zur Einstellung von Sachmitteln für das Inklusionsbüro durchringen. Auf personelle Unterstützung durch eine Fachkraft wird weiterhin verzichtet. Der Beschluss, eine halbe Stelle aus dem städtischen Stellenpool zu nehmen, ist eine Luftnummer. Zum einen stehen angesichts der von Schwarz-Grün zurückgefahrenen Personaldecke der Stadt gar keine Stellen zur Verfügung, zum anderen braucht das Inklusionsbüro eine Fachkraft für seine konzeptionelle Arbeit!

Über Inklusion muss informiert und für sie geworben werden. Akzeptanz und Umsetzung sind nur möglich, wenn jeder weiß, worum es geht. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von KiTas, OGSen und Schulen müssen weitergebildet werden, damit sie der Aufgabe gewachsen sind. Es wird eine Anlaufstelle gebraucht, bei der sich Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer informieren können und wo Hilfsangebote koordiniert werden. Ein erster Schritt ist hier mit der Einrichtung eines Inklusionsbüros gemacht worden. Zusätzliche fachliche Unterstützung durch Förderschullehrer und Sozialarbeiter ist unabdingbar, um dem Projekt Inklusion eine Chance zu geben.

OGS

Der freiwillige Zuschuss der Stadt Bonn wird nicht gekürzt werden. Die Mittel, ca. 115 € pro Kind und Jahr, die das Land NRW zusätzlich für die Qualitätssicherung und -steigerung zur Verfügung stellt, müssen zur Gänze zweckgebunden eingesetzt werden.

Deshalb hatten wir einen entsprechenden Vorratsbeschluss für den jetzigen Haushalt gefordert, der für folgende Verbesserungen im OGS-Bereich sorgen sollte:

Zusätzlich werden Mittel 1:1 in die Qualität gesteckt. Das heißt: Die Träger erhalten einen Ausgleich für ihre Mehrkosten, die durch die Tarifsteigerungen entstanden sind, OGS-gerechtes Mobiliar wird für die Schulen beschafft, die Ferienbetreuung wird auf finanziell gesunde Füße gestellt – und vieles mehr. Das war weit mehr als die von CDU und Grünen geforderten 40 € pro Jahr und Kind.

Beim Schulausschuss sahen dies nun endlich auch die anderen Fraktionen so. Die zusätzlichen Mittel des Landes zwischen 115€ und 230 € (für Kinder mit besonderen Förderbedarfen) werden eins zu eins, rückwirkend zum 1.2.2011, an die Träger weiter geleitet, um die Tarifierhöhungen der letzten Jahre auszugleichen. Dörthe Ewald, jugendpolitische Sprecherin, und Gieslint Grenz, schulpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, betonen: „Die Mittel zum Erhalt der Qualität der OGS dürfen nicht zur Haushaltskonsolidierung verwandt werden, sondern müssen unmittelbar den Kindern zugute kommen.“

Schullandheime

Der Schulausschuss hat die weitere Unterstützung der beiden Fördervereine, die die Heime Kronenburg und Aremberg betreiben, beschlossen und damit diese wichtige Arbeit für unsere Kinder gesichert.

Mehrheitsfraktion: Kein zusätzlich benötigtes Geld für Freiwilliges Jahr in Förderschulen

Angesichts der Abschaffung des Zivildienstes klafft bei den Förderschulen eine riesige Lücke zur Betreuung der benachteiligten Kinder im Unterricht. Bislang waren im Haushalt für 11 Zivildienststellen jeweils 4.000 € eingestellt. Die Kosten für das Freiwillige Jahr betragen hingegen 8.000 € pro Stelle. Trotz der Zusicherung aller Fraktionen, wie wichtig es sei, diese für den Unterricht an dieser Schulform unabdingbaren Helfer zu haben, waren CDU und Grüne nicht bereit, auf Kosten der Stadt die Mehrkosten zu finanzieren. „Arme Kinder und Lehrer“, kommentiert dies die schulpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Gieslint Grenz, „denn ihnen dürfte egal sein wer das ganze verschuldet hat – sie sind unmittelbar auf diese Hilfe angewiesen.“

Sonstige Haushaltsbeschlüsse

Auch weitere von der Verwaltung vorgesehene Kürzungsvorschläge wurden vom Schulausschuss abgewendet:

- Die erweiterte Lernmittelfreiheit für Kinder aus bedürftigen Familien wird erhalten.
- Kinder, die keinen Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket haben, aber die Bedürftigkeit nachweisen, z.B. Asylbewerber, sollen weiterhin entsprechende Leistungen erhalten.
- Die benötigten höheren Abgaben des Schulamtes an das Bäderamt zur Durchführung von Schwimmunterricht am Nachmittag konnten noch nicht ermittelt werden. Die Schulverwaltung bat um den Aufschub dieses Punktes, um bei der Vorlage des neuen Bäderkonzeptes erneut wegen der Kosten und der Schwimmbadhallenzeiten verhandeln zu können.

Deckungsvorschläge zum Haushalt

Anders als die Mehrheitsfraktion von CDU und Grünen möchte die SPD-Fraktion die Deckungsvorschläge für die zurückgenommenen Einsparmöglichkeiten nicht im Schulbereich selbst suchen. „Wir legen Wert darauf, dass der Schwerpunkt unserer politischen Arbeit im Kinder-, Jugend- und Familienbereich nicht dadurch konterkariert wird, indem Gelder für die Gebäudebewirtschaftung der Haupt- und Realschulen um ca. 84.000 Euro gekürzt werden. Auch scheint der Versuch, Räumlichkeiten in Schulen stärker als bisher zu vermarkten, nicht aussichtsreich. Hier betonte die Schulverwaltung, dass dann zusätzliches Personal zur Abwicklung und Kontrolle bereit gestellt werden müsste – angesichts der hohen Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen, die bereits heute eine große Anzahl von Vermietungen in Schulen abwickeln – ein überzeugendes Argument! Wir wollen lieber in Bereichen nach Deckungsvorschlägen suchen, in denen die Verschwendungssucht der Mehrheitsfraktion sich austobt: Statt einer

Anzeigentafel für den Sportpark Nord wird auf Antrag von Schwarz/Grün eine 150.000 € teurere Videoleinwand angeschafft, es wird wieder einmal ein Bäderexperte zur Sichtung und Bewertung der Bonner Schwimmbäder beauftragt, beim WCCB muss ein weiterer Rechtsanwalt zu Rate gezogen werden...

Endlich: Anmeldeverfahren für eine Grundschule in Vilich-Müldorf 2012/13 in Sicht

Nachdem für dieses Schuljahr das Anmeldeverfahren für eine neue Grundschule im Bereich des Wohnparks Vilich-Müldorf wegen zu geringer Anmeldezahlen gescheitert war, hat eine Elterninitiative des kinderreichen und immer noch stark wachsenden Ortsteils mittels Bürgerantrag einen neuen Versuch im nächsten Schuljahr beantragt. Die Schulverwaltung hat, in Abstimmung mit der Schulaufsicht, den benachbarten Grundschulen und den Eltern zugesagt, erneut einen Antrag auf ein entsprechendes Anmeldeverfahren für den Herbst 2011 einzuleiten.

Katholische Grundschule Buschdorf – Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule gescheitert

Bereits zum zweiten Mal in Folge haben Eltern der KGS Buschdorf eine Umwandlung ihrer konfessionellen in eine Gemeinschaftsschule beantragt. Wie beim ersten Mal entschieden sich zwar zwei Drittel der abgegebenen Stimmen für diese Umwandlung, das notwendige Quorum wurde jedoch erneut nicht erreicht. Zwei Drittel aller Eltern an der Schule müssen einer Umwandlung zustimmen, nicht nur die abgegebenen Stimmen zählen. Anders als bei anderen demokratischen Abstimmungen zählt Nichtbeteiligung demzufolge als Neinstimme. Wenn dies zum Beispiel auf die Wahlen zu Bundes-, Landes- und Kommunalparlamenten übertragen würde, käme es angesichts der immer geringer werdenden Wahlbeteiligung vielleicht gar nicht mehr zur Bildung neuer Regierungen. Angesichts dieser Entwicklung wurde die Verwaltung gebeten, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, im kommenden Schulgesetz eine zeitgemäße Regelung zu verankern.

Familienpolitischer Empfang der SPD-Fraktion

Im **Anhang** finden Sie unsere Einladung zum familienpolitischen Empfang in diesem Jahr. Sie sind herzlich eingeladen. Bei Teilnahme bitten wir Sie um rechtzeitige Anmeldung.

Aktionstage „Zu Fuß zur Schule“ ab 22.09.2011

Der 22. September ist jedes Jahr der „Zu Fuß zur Schule“ -Tag, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. An diesem Tag werden Kinder aufgefordert, sich zu bewegen – also zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Roller zur Schule zu kommen. Auch Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sollen mitmachen und an diesem Tag das Auto stehen lassen. Außerdem können Schulklassen das Anliegen die ganzen Aktionstage über mit ihren Aktivitäten unterstützen. Die SPD-Fraktion unterstützt die Aktionstage.

Weitere Infos zu den Aktionstagen finden Sie hier:

<http://www.zu-fuss-zur-schule.de>

http://www.zu-fuss-zur-schule.de/downloads/2011/Zu%20Fuss_Faltplakat_A4.pdf

http://www.vcd.org/vcd_laufbus.html

http://www.vcd.org/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/user_upload/redakteure_2010/projekte/VCD_Laufbus/Laufbus_Flyer.pdf&t=1309520564&hash=2d3796aac23c767a04d5f68f10bfef75

Wir bedanken uns für Ihr Interesse und würden Sie auch in Zukunft gerne mit Informationen versorgen. Für Fragen und Anregungen stehen wir Ihnen natürlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Gieslint Grenz
schulpolitische Sprecherin



Dörthe Ewald
kinder- und familienpolitische
Sprecherin

Ansprechpartnerinnen:

Gieslint Grenz, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Telefon: 0228/341991; E-Mail: Grenz-Bonn@t-online.de

Dörthe Ewald, kinder- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Telefon: 0228/264220; E-Mail: doerthe.ewald@web.de